

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Die Nachkriegszeit

Eckstein-Halpaus GmbH

[Dresden], [1935]

Das Jahr 1932

[urn:nbn:de:bsz:31-362797](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-362797)

Januar 1932

In ganz Deutschland kommt es Mitte des Monats infolge des plötzlich einsetzenden Tauwetters zu gewaltigen Überschwemmungskatastrophen.

22. 1. In Moskau wird der zweite russische Fünfjahresplan bekanntgegeben. Durch den ersten Plan war neben der Aufhebung des freien Bauerntums eine große militärische Verstärkung erreicht. Der zweite Plan sieht vor allem eine Verbesserung der Warenqualität, eine bedeutende Erhöhung der Roheisen- und Erdölgewinnung und des Maschinenbaues vor. In der Landwirtschaft soll eine Vergrößerung des gesamten Ernteertrages erzielt werden.

25. 1. Zwischen Polen und Rußland wird ein Nichtangriffspakt unterzeichnet.

28. 1. Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges.

Nach der Besetzung Mukdens (vgl. 19. 9. 1931) hatten die Japaner von seiten Chinas einen stärkeren Widerstand erwartet. Dieser erfolgte jedoch nicht. General Tschang „schonte“ seine Truppen und überließ die Kämpfe gegen die japaner chinesischen Räuberbanden. Während inzwischen der Völkerbund ergebnislos zu vermitteln suchte, setzten die Japaner ihren Vormarsch vom Süden bis zum Norden der Mandschurei fort, ließen am 2. Januar 1932 in Charbin den Staat Mandschukuo ausrufen und setzten hier einen regierenden Ausschuß ein. Dieser wählte am 18. Februar den letzten Kaiser von China, Pu Yi, zum Regierungschef und Präsidenten.

Aber nicht nur in der Mandschurei, sondern auch in der Gegend von Schanghai unternahm Japan jetzt ernsthafte Schritte, um seine Siedler zu sichern. Bei dieser Gelegenheit stößt am 28. Januar 1932 japanische Marineinfanterie bei Schanghai auf reguläre chinesische Truppen; die daraus entstehenden Kämpfe ziehen sich mit kurzen Unterbrechungen zunächst bis zum 5. Mai 1932 hin (vgl. 25. 8. 1932). Überall sind die Japaner im Vorteil.

Februar 1932

2. 2. Eröffnung einer Abrüstungskonferenz in Genf. Hierbei sind 54 Staaten vertreten. Die Beratungen dauern länger als ein Jahr, ohne daß es zu praktischen Ergebnissen kommt (vgl. 14. 9. 1932).

6. 2. Litauischer Staatsstreich im Memelgebiet. Der deutschgesinnte Präsident des Landesdirektoriums, Böttcher, wird abgesetzt und verhaftet. Ein Litauer wird zum Präsidenten bestellt.

16. 2. In Frankreich wird aus innerpolitischen Gründen das Kabinett Laval gestürzt. Ministerpräsident wird Tardieu.

26. 2. Adolf Hitler wird zum Regierungsrat bei der nationalsozialistischen Braunschweiger Regierung ernannt und erwirbt dadurch die deutsche Staatsangehörigkeit. Er wird der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin zugeweiht.

März 1932

7. 3. Briand stirbt in Paris.

Aristide Briand wurde 1862 geboren, ging 1891 als Advokat nach Paris und wurde 1902 Abgeordneter. Als Unterrichtsminister (seit 1906) führte er in Frankreich die Trennung von Kirche und Staat durch. Nach Clemenceaus Rücktritt bildete er sein erstes Kabinett (Juli 1909 bis Februar 1911). 1912 war er Justizminister im Kabinett Poincaré. Im Jahre 1913 war er von neuem auf kurze Zeit Ministerpräsident. Während des Weltkrieges wurde er im Oktober 1915 wiederum an die Spitze der Regierung gestellt; jedoch rückte ihn der Mißerfolg des Saloniki-Unternehmens im März 1917 zum Rücktritt. Seit 1921 hat er dann fast ständig teils als Ministerpräsident, teils als Außenminister in sehr geschickter Weise die französische Politik vertreten. Im besonderen hat er $4\frac{1}{4}$ Jahre lang den deutschen Außenminister Strassmann in der Frage der Rheinlandräumung hingehalten.

13. 3. Erster Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl.

Im Frühjahr 1932 ist Hindenburgs 7jährige Amtszeit abgelaufen. Schon im Dezember 1931 hatte die Regierung Brüning bei Hitler angefragt, unter welchen Bedingungen er für die Wiederwahl des Feldmarschalls eintreten könnte. Hitler machte seine Zustimmung von einer Garantie für die Änderung des Reichskurses abhängig. Dies lief praktisch auf Neuwahlen zum Reichstag hinaus, was Brüning jedoch vermeiden wollte. Es kam zu keiner Einigung; dennoch nahm Hindenburg am 15. Februar — um sich bis zum letzten Atemzug in den Dienst des Vaterlandes zu stellen — die neue Kandidatur an. Am 13. März kommt es zum ersten Wahlgang. Inzwischen ist die Harzburger Front auseinandergebrochen: Der Stahlhelm hat Duesterberg, die NSDAP. Hitler aufgestellt. Hindenburg erhält 18,6 — Hitler 11,5 — Duesterberg 2,5 — Thälmann (Kommunist) 4,9 Millionen Stimmen. Die verfassungsmäßige Entscheidung ist damit nicht gefallen (vgl. 10. 4. 1932).

April 1932

Anfang d. M. Die Reichsregierung stellt für Stadttrandsiedlungen wiederum 25 Millionen RM. zur Verfügung, welche die Errichtung von etwa 10 000 Stellen und die Unterbringung von etwa 50 000 Menschen ermöglichen. Diese Stadttrandsiedlungen sind jedoch mit den ganz anders gearteten nationalsozialistischen Siedlungsplänen nicht zu verwechseln.

Stahlhelmaufmarsch in Berlin. 200 000 Teilnehmer. Inzwischen sind auch hier Jugendorganisationen gegründet worden.

10. 4. Zweiter Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl. Hindenburg erhält 19,5 — Hitler 13,4 — Thälmann 5,7 Millionen Stimmen. Durch diese Stichwahl wird Hindenburg zum zweitenmal Reichspräsident. Gleichzeitig scheint damit die Regierung Brüning gesichert.

13. 4. Verbot der SA. und SS.

Sofort nach dem Wahlkampf hat Hitler die Losung ausgegeben, daß „der Kampf ohne Pause weitergeht“. Dem-

gegenüber holt jetzt die Reichsregierung zu einem großen politischen Schlag aus. Die preußische Regierung Braun-Severing hatte in den Büros der NSDAP. Haussuchungen veranstaltet und das gefundene Material mit entsprechenden Erläuterungen der Reichsregierung übergeben, indem sie den Hitlerformationen „Wehrverrat“ unterstellte. Groener, der in seiner Person das Wehrministerium mit dem Reichsinnenministerium vereinigt, wartet eine sachliche Prüfung dieses Materials nicht ab; er erzwingt jetzt die Auflösung und das Verbot der „Privatarmee Hitlers“.

Welche Tragweite diese Maßnahme besitzt, ergibt sich aus den Zahlen: Damals umfaßten die SA. und SS. neben ihren Reserven, Motor-, Marine- und Reiterstürmen, ihren Kraftfahrkorps, Sanitatskolonnen, Führerschulen und Zeugmeistereien bereits eine Gemeinschaft von etwa einer halben Million. Jetzt werden ihre Heime und Mittagsküchen geschlossen und den Stellunglosen unter ihnen die letzte Betätigung entzogen. Hitler erhebt gegen diese Maßnahme sofort Einspruch und strengt beim Reichsgericht in Leipzig einen Prozeß an.

Aber auch der damalige Chef des Ministeramtes im Wehrministerium Groener widerspricht diesen Maßnahmen. Als er damit nicht durchdringt, sucht er den Weg zum Reichspräsidenten und bereitet hier den Sturz der derzeitigen Reichsregierung vor.

24. 4. Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg. Sie bringen der NSDAP. einen neuen gewaltigen Gewinn.

Im Vordergrund des politischen Interesses hatten die Preußenwahlen gestanden. Hier hatte der alte Landtag in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß ein Ministerpräsident fortan nur mit absoluter Mehrheit gewählt werden könne, während bisher im zweiten Wahlgang nur relative Mehrheit erforderlich war. Diese Änderung der Geschäftsordnung zielte bewußt auf Lahmlegung der preußischen Staatsführung hin; denn es war vorzusehen, daß der künftige Landtag für die NSDAP. zwar eine relative, nicht aber eine absolute Mehrheit ergeben werde.

In der Tat bringt die Wahl einen Aufstieg der Nationalsozialisten auf 162 Mandate, einen Abstieg der Sozialdemokratie auf 94. Zum erstenmal hat damit die Hitlerbewegung auch in Preußen das Übergewicht. Die Regierung Braun-Severing tritt nun zwar offiziell zurück, erklärt aber, sie werde sich um kein Mißtrauensvotum mehr kümmern. Sie werde weiterregieren, bis der neue Ministerpräsident gewählt sei — nach dem vorliegenden Beschluß vorläufig ein Ding der Unmöglichkeit.

Mai 1932

6. 5. Staatspräsident Doumer wird ermordet (vgl. 15. 5. 1931 und Bild 189). Sein Nachfolger wird Lebrun.

Mitte d. M. Reichspräsident v. Hindenburg hat gefordert, daß sich die Nachprüfung des Verbotes der Hitler-



Januar

181 Verkündung des 2. russischen Fünfjahresplanes. Das Gesetz wird in den Straßen von Moskau vorlesen. Der 1929 veröffentlichte 1. Fünfjahresplan zur Stabilisierung der russischen Wirtschaftsverhältnisse hatte bei weitem nicht den erhofften Erfolg gebracht. Januar 1932 mußte ein zweiter verkündet werden; aber auch dieser scheint nicht die Erfüllung der gesetzten Ziele zu bringen.



Januar

182 Die Folgen von Versailles in USA. Arbeitslose, die an Unruhen beteiligt waren, sehen ihrer Aburteilung entgegen. Auch das „Weltfeierjahr“, welches Präsident Hoover im Juni 1931 verkündet hatte, vermochte die Weltwirtschaftskrise nicht zu mildern. Immer mehr zeigte sich, daß die eigentliche Ursache aller Schwierigkeiten im Versailler Vertrag lag. Auch in USA. füllten sich die Gefängnisse infolge fortgesetzter Teuerungskrawalle.



Februar

183 Die Abrüstungskonferenz in Genf. Luftabwehr aus einem modernen englischen Tank. Beides ist für Deutschland verboten. Während Deutschland die Abrüstung restlos durchgeführt hatte, verstärkten die anderen europäischen Länder entgegen den von ihnen übernommenen Verpflichtungen dauernd ihre Rüstungen. Auf der Abrüstungskonferenz in Genf, die am 2. 2. 1932 begann, wurde erfolglos über das Zugeständnis der Gleichberechtigung Deutschlands verhandelt.



Februar

184 Mussolini beim Papst. Der Diktator nach dem donkwürdigen Empfang an den Pforten des Vatikans. Um sich mit der Kirche völlig auszugleichen, hatte Mussolini im August 1931 die Hand zu einer Regelung in der bis dahin unstrittenen Frage der Jugendverziehung geboten (vgl. auch Bild 178). Die Kirche ging auf seine Vorschläge ein. Um die völlige Ausführung zu dokumentieren, wurde der Duce am 11. Februar 1932 vom Heiligen Vater feierlich empfangen.



März

185 Der japanisch-chinesische Krieg. Einmarsch der Amerikaner im März 1932 in Shanghai. Japan hatte am 28. Januar 1932 Shanghai besetzt, was zu heftigen kriegerischen Auseinandersetzungen mit China führte. Das japanische Endziel war die Eroberung und Unabhängigkeitserklärung der Mandschurei. Inzwischen sahen sich Amerika, England, Frankreich und Italien gezwungen, Truppen zum Schutz der internationalen Niederlassungen zu landen.



März

186 Die Schlacht bei Shanghai. Japanische Soldaten in Feuerstellung unter Deckung eines Bambusgehölzes. Am 29. Februar 1932 kam es zwischen der japanischen und chinesischen Armee zu einer entscheidenden Schlacht bei Shanghai, die bis zum 2. März dauerte. Besonders hartnäckig wurde um die Wusungforts und bei Kiangwan gekämpft. Der Waffenstillstandsvertrag vom 5. Mai 1932 beendete zunächst die Feindseligkeiten (siehe auch Bild 185) zum Vorteil für Japan.

verbände ebenfalls auf die Wehrorganisationen der Linken — Reichsbanner und Eiserner Front — erstrecken solle. Groener weicht aus und versucht, im Reichstag seine Politik zu vertreten, findet aber in Göring einen überlegenen Gegner. Seine Rede mißlingt inhaltlich wie rhetorisch. Da er auch des Vertrauens des Reichspräsidenten nicht mehr sicher ist, so tritt er zunächst als Wehrminister zurück. Als Reichsinnenminister wird er von Brüning zunächst noch gehalten (vgl. 50. 5. 1932).

20. 5. Kabinett Dollfuß in Österreich.

Die österreichische Außenpolitik der Nachkriegszeit war vor allem von den Bundeskanzlern Schöberl und Seipel geleitet worden. Die große Inflationskrise und die Weltwirtschaftskrise hatten auch hier viele Opfer gefordert. Nach dem Rücktritt Schöberls als Vizekanzler und Außenminister im Januar 1932 bildete auf kurze Zeit der christlich-soziale Buresch eine neue Regierung; sie muß aber jetzt einem neuen Kabinett unter Dollfuß Platz machen. Diesem fällt als erste Aufgabe die Wiederherstellung der österreichischen Finanzen zu (vgl. 12. 2. 1934).

30. 5. Rücktritt Brünings.

Reichspräsident von Hindenburg hat sich inzwischen auf sein Gut Neudeck begeben und prüft hier — getrennt von Berlin — die innerpolitische Lage des Reichs gründlich durch. Währenddessen nimmt Reichskanzler Brüning an Verhandlungen in Genf teil, welche die Reparations- und die Abrüstungsfrage betreffen. Es fällt seine bekannte Äußerung, daß er sich „100 Meter vor dem Ziel befände“. Im Juni soll in Lausanne eine abschließende Reparationskonferenz stattfinden. Hierfür will sich Brüning vom Reichspräsidenten jedwede Vollmacht geben lassen, die ihm zugleich auch die innerpolitische Stabilität garantiert. Hindenburg lehnt jedoch den Empfang des Kanzlers in Neudeck ab, kehrt nach Pfingsten nach Berlin zurück und nimmt jetzt den Vortrag Brünings entgegen. Hierbei fordert er das Ausscheiden Groeners auch als Innenminister. Als unter diesen Umständen Brüning seinen Rücktritt in Aussicht stellt, nimmt Hindenburg diesen an.

Juni 1932

1. 6. Franz von Papen wird Reichskanzler.

1879 in Werl in Westfalen geboren, Ulanenoffizier, Militärattaché in Washington, 1918 Generalstabschef in Palästina. Nach dem Kriege gehörte er dem rechten Flügel der Zentrumspartei an, war Rittergutsbesitzer und zugleich Zeitungverleger und hatte umfangreiche Beziehungen in großindustriellen und katholischen Kreisen.

Er bildet ein „Kabinett der nationalen Konzentration“. Reichswehrminister: v. Schleicher, Reichsinnenminister: Freiherr v. Geyl (deutschnational). Schon vorher hat v. Papen auch mit der NSDAP. vertrauliche Fühlung gesucht. Jetzt wird Hitler zu Hindenburg gebeten, um zu beraten, unter welchen Bedingungen eine Mitwirkung seiner Bewegung möglich sei. Hitler will der „Präsidential-

regierung“ als Übergangskabinett nicht feindlich im Wege stehen, fordert aber sofortige Auflösung des Reichstages und als selbstverständliche Voraussetzung dieser Tolerierungspolitik die Aufhebung des SA.-Verbotes.

4. 6. v. Papen löst den Reichstag auf und setzt Neuwahlen für den 31. Juli des Jahres fest.

15. 6. Das SA.- und SS.-Verbot wird aufgehoben, der Rundfunk wird für die NSDAP.-Führer freigegeben. Gleichzeitig wird eine Notverordnung gegen politische Ausschreitungen erlassen.

16. 6. (bis 9. 7.) *Reparationskonferenz in Lausanne.* Es ist die 55. Konferenz dieser Art. Als deutsche Delegierte nehmen v. Papen und Außenminister v. Neurath daran teil. Eine Wiederaufnahme der Zahlungen nach dem Youngplan hat sich inzwischen als unmöglich herausgestellt. Der deutsche Reichskanzler fordert jetzt die völlige Aufhebung dieses Planes. „Die Reparationen waren ursprünglich zum Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete bestimmt. Inzwischen haben sich ihre Wirkungen in das Gegenteil verkehrt; sie bauen nicht auf, sondern sie zerstören. Die Zeit der Experimente, der Atempausen, der Vertagungen ist endgültig vorbei. Es muß jetzt ganze Arbeit geleistet werden.“ Demgegenüber verlangen die Franzosen noch mindestens 4 Milliarden Mark. Nach hartnäckigem Handeln einigt man sich auf 5 Milliarden. Diese sollen nach dreijähriger Pause gezahlt werden, wenn die alten Reparationsanleihen wieder mit 90% ihres Wertes behandelt würden; sollte dieser Fall innerhalb 15 Jahren — also bis zum Jahre 1947 — nicht eintreten, so würde der Anspruch ganz erlöschen. Eine solche Abschlußzahlung würde mittels einer Anleihe beschafft werden. *Damit ist der Youngplan, der einst so viel Staub aufgewirbelt hatte, endgültig begraben.*

Auf der gleichen Konferenz wird auch Österreich ein Transfermoratorium bewilligt. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen unterzeichnet Dollfuß am 15. Juli 1932 das Lausanner Anleiheprotokoll und verzichtet damit endgültig auf den Anschluß an Deutschland.

Juli 1932

13. 7. Bekanntgabe eines englisch-französischen Konsultativpaktes, d. h. die betreffenden Mächte wollen sich gegenseitig bei eintretenden Schwierigkeiten beraten.

16. 7. *Erweiterung des Freiwilligen Arbeitsdienstes.*

Bis zum Juni 1932 waren etwa 60 000 Arbeitsdienstfreiwillige in allen Gegenden Deutschlands in voller Tätigkeit. Jetzt erweiterte die Reichsanstalt die Zulassung zu diesem Dienst durch Vermehrung der Mittel: Nunmehr darf jeder bis zu 25 Jahren — also auch die Empfänger von Wohlfahrtsunterstützungen — an dieser Einrichtung teilnehmen.

Überall treten jetzt verschärfte Devisensperren in Kraft, so daß die Auslandsforderungen ganzer Länder „einfrieren“. Das Streben nach „Autarkie“ — man versteht darunter

den Zustand der Selbstgenügsamkeit eines Landes, das alles erzeugt, was es verbraucht, aber nur so viel, als es verbrauchen kann — erreicht überall den Höhepunkt. Man strebt aufs eifrigste danach, weder auf die Einfuhr noch auf die Ausfuhr von Waren angewiesen zu sein. Voran gehen die Vereinigten Staaten und Rußland, die von Natur aus durch ihre ungeheure Ausdehnung hierfür veranlagt sind. Auch Großbritannien verfolgt mit der Ausgestaltung des britischen Reichshandels jetzt in verstärktem Maß dieses Ziel.

17. 7. Blutiger Sonntag in Altona.

Linksradikele Elemente überfallen Angehörige der Hitlerbewegung. Die Unsicherheit auf der Straße und die äußerste gespannte innerpolitische Lage treten dadurch unvermittelt klar in Erscheinung.

20. 7. Absetzung der preußischen Regierung Braun-Severing.

Nach den Schießereien in Altona entwickelt sich zwischen Reichs- und Preußenregierung ein offener Konflikt. Letztere hatte bisher den Schutz der Rechtsverbände planmäßig vernachlässigt und offen die Linksverbände begünstigt. Ja, sie hatte ihr Polizeirecht dazu benützt, die Aufhebung des SA.-Verbotes praktisch dadurch unwirksam zu machen, daß sie ein Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel erließ. Ähnlich waren auch die süddeutschen Länderregierungen vorgegangen. In München wurden sogar Landtagsabgeordnete der NSDAP., die in Uniform erschienen, von der Kriminalpolizei aus dem Hause gewiesen. Daraufhin hatte die Reichsregierung, um ihre Autorität zu wahren, eine Notverordnung erlassen, die das Polizeirecht der Länder beschränkte; diese aber fand den heftigsten Widerstand Bayerns, das sich einen solchen Eingriff in seine Sonderbelange nicht gefallen lassen wollte.

Jetzt greift das Kabinett v. Papen energisch zu, und zwar zunächst in Preußen: Hier verkündet am 20. Juli eine Notverordnung die *Berufung des Reichskanzlers zum Reichskommissar*. Als seinen Stellvertreter bestimmt v. Papen den ihm befreundeten Essener Oberbürgermeister Bracht. Er erklärt diese Maßnahme damit, daß „der begründete Verdacht besteht, daß den hohen preußischen Behörden das Zielbewußtsein für den Kampf gegen die kommunistische Bewegung fehle“. Der politische Eindruck dieses Erlasses ist außerordentlich. Severing weigert sich, sein Amt niederzulegen, und erklärt, er werde nur der Gewalt weichen. Am gleichen Tage wird daher über Berlin und die Provinz Brandenburg der Ausnahmezustand verhängt. Die Reichswehr besetzt die wichtigsten preußischen Behörden. Durch „einen Leutnant und 10 Mann“ werden der preußische Ministerpräsident Braun, Innenminister Severing, der Berliner Polizeipräsident Grzesinski und sein Vizepräsident Weiß ihrer Ämter entsetzt bzw. in Schutzhaft genommen. Da die preußischen Staatsminister, soweit sie nicht des Amtes enthoben sind, eine Zusammenarbeit



April

187 Die innerpolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland. Verbinden Verwundeter nach dem politischen Kampf. 1932 erreichen die Gegensätze einen letzten Höhepunkt. „Reichsbanner“ und „Eiserne Front“ kämpfen mit der Regierung Brüning-Groener gegen die Wehrorganisationen der Hitlerpartei. 11. April 1932: Aufhebung der S.A. und S.S., Uniformverbot. Erst die neue Regierung von Papen hebt diese Bestimmungen am 11. Juni wieder auf.



April

188 Die Zuidersee trockengelegt. Die beiden Arme des Deiches im April 1932 kurz vor ihrem endgültigen Zusammenschluß. Die bedeutendste Umgestaltung der europäischen Landkarte durch Menschenhände wurde durch den 1918 von den Holländern begonnenen Damm zur Abschließung der Zuidersee von der Nordsee vorgenommen. 4100 qkm des Binnenmeeres wurden in 14jähriger Arbeit durch einen 30 km langen Abchlußdeich vom Meer getrennt und trockengelegt.



Mal

189 Präsident Doumer ermordet. Der tödlich verwundete Staatspräsident wird zum Auto getragen. Bei der Eröffnung einer Buchausstellung in Paris wurde am 6. Mai 1932 durch einen geisteskranken Russen auf den Präsidenten (seit Mai 1931) der franz. Republik, Paul Doumer, ein Attentat verübt, an dessen Folgen er starb. Sein Nachfolger wurde Labrousse.



Mal

190 König Faisal vom Irak in Berlin bei seinem Eintreffen auf dem Flughafen in Berlin-Tempelhof Mai 1932. Das früher unter türkischer Herrschaft stehende Mesopotamien war nach dem Weltkrieg unter der Mandatsverwaltung des Völkerbundes in ein arabisches unabhängiges Königreich umgewandelt worden. Die Hauptstadt dieses neuen Staates wurde Bagdad, der erste König Faisal Ibn Hussein, der 1932 eine Orientierungsexpedition nach Europa unternahm.



Juni

191 Amtsbeginn v. Papen. Die deutschen Staatsmänner vor der Abfahrt nach Lausanne. Am 30. Mai 1932 war v. Papen mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt worden. Die neue Regierung löste am 4. Juni den Reichstag und hob am 11. Juni das Uniformverbot auf. Am 16. Juni begaben sich v. Papen und v. Neurath nach Lausanne, wo auf einer internationalen Konferenz eine deutsche Reparationsrückzahlung von 1 Milliarde Mark festgesetzt wurde.



Juni

192 Politischer Anschlag in Schanghai. Der Abtransport des Attentäters. Japan hatte seit dem Russisch-Japanischen Krieg (1904/05) Korea annektiert. Seither führten Freiheitsbestrebungen zu Unruhen. Im Juni 1932 warf ein Koreaner anlässlich einer japanischen Truppenparade in Schanghai eine Bombe, bei deren Explosion ein General und ein Admiral getötet und eine Anzahl hoher Würdenträger verletzt wurden.

mit dem neuen Reichskommissar ablehnen, werden sie ebenfalls entfernt.

Die Arbeiterschaft verhält sich bei dieser Neuordnung ruhig und verzichtet auf Streiks. Schon nach wenigen Tagen kann daher der Ausnahmezustand wieder aufgehoben werden. Mit diesem Zugriff hat die Reichsregierung v. Papen den seit langem untragbar gewordenen Dualismus zwischen Preußen und dem Reich endgültig beseitigt. Auch in Süddeutschland verfehlt dieses Vorgehen seinen Eindruck nicht.

21.7. (bis 20.8.) Große britische Reichskonferenz in Ottawa. Die Weltwirtschaftskrise zwingt England, dessen Export durch die Autarkiebestrebungen aller Länder aufs empfindlichste leidet, zu besonderen Vereinbarungen mit den Dominions, d. h. mit den überseeischen Staaten des Britischen Reiches, denen volle Selbstregierung gewährt ist. Es fällt nunmehr durch besondere Zollerleichterungen alle diese Staaten zu einem neuen Großwirtschaftsraum zusammen.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstage 1928 bis 1933

(vgl. auch die Aufstellung Seite 14 und 12. 11. 1935)

Die Verteilung der Abgeordnetensitze:

	1928 20.5.	1930 14.9.	1932 31.7.	1932 6.11.	1933 5.3.
Nationalsozialist. Deutsche Arbeiterpartei ..	12	107	250	196	288
Sozialdemokratie	155	145	155	121	120
Kommunistische Partei ..	54	77	89	100	(81)*
Zentrum	61	68	75	70	75
Deutschnationale Volkspartei	78	44	59	54	55
Bayerische Volkspartei ..	17	19	22	19	19
Deutsche Volkspartei ..	45	50	7	11	2
Christlich-Sozialer Volksdienst	—	14	5	5	4
Deutsche Staatspartei (Demokr. Partei)	25	20	4	2	5
Deutsche Bauernpartei ..	8	6	2	5	2
Deutsch-Hannoversche Partei	4	5	—	1	—
Wirtschaftspartei	25	25	2	2	—
Christlich-Nationale Bauern- u. Landvolkpartei (Deutsch-Landvolk)	9	19	1	—	—
Konservative Volkspartei	—	4	—	—	—
Volkrechtspartei	2	—	1	—	—
	491	577	608	584	(647) 566

* Keine Ausübung der Mandate.

31. 7. Reichstagswahl.

Die Nationalsozialisten wachsen von 107 auf 250 Mandate an. Sie haben bereits fast das ganze Bürgertum mit Ausnahme des Zentrums aufgesogen. Die Linke hingegen ist parlamentarisch noch nicht geschlagen. Sie geht etwa gleich stark aus dem Wahlkampf hervor, ist aber jetzt bereits schwächer als der Nationalsozialismus. Durch eine

„bloße Revolution des Stimmzettels“ scheint somit das große Ziel der Hitlerbewegung nicht erreicht zu werden. Dies bedarf einer staatsrevolutionären Wende. Während aber Hitler an seinem Grundsatz, die Macht nur auf legalen Wege zu erreichen, auch jetzt noch festhält, sind manche leidenschaftliche Kämpfer der Partei nicht mehr zu zügeln. Es geht ihnen zu langsam vorwärts. Man verhandelt mit der Reichswehr und fragt, ob diese auch gegen Hakenkreuzkolonnen vorgehen werde. Die Antwort ist ein unbedingtes „Ja“.

August 1932

9. 8. Notverordnung gegen den politischen Terror.

Die Reichsregierung erkennt sehr wohl die heraufziehende Gefahr. Sie will jetzt nicht nur gegen links, sondern auch gegen rechts durchgreifen und erläßt daher verschärfte Verbote: In den Unruhegebieten werden Sondergerichte eingesetzt, die in beschleunigtem Verfahren strengste Strafen verhängen sollen: Todesstrafe für blutigen Anschlag, keine Rechtsmittel, sofortige Vollstreckung. — Am Tage des Erlasses dieser Verfügung kommt es bereits in Beuthen zum Austrag eines solchen Falles (vgl. 22. 8. 1932).

11. 8. Die Weimarer Verfassung wird zum Erstaunen des nationalen Deutschland auch von der Regierung von Papen festlich begangen. Innenminister v. Gayl führt in seiner Festrede aus: „Man mag zu Einzelheiten der Weimarer Verfassung stehen wie man will. Sie ist heute der einzige Grund, auf dem alle unbeschadet ihrer weltanschaulichen und politischen Meinung stehen müssen, die einen deutschen Staat überhaupt bejahen.“

13. 8. Besuch Hitlers beim Reichskanzler v. Papen.

Auf Grund der Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 31. Juli versucht v. Papen sich mit Hitler zu einigen und bietet ihm eine Teilung der Kanzlerschaft an: Hitler soll Vizekanzler mit nahezu gleichen Rechten werden. Demgegenüber besteht Hitler auf seiner Forderung nach der ganzen Macht. Er braucht sie, um seine Ideen ungehemmt in die Wirklichkeit umzusetzen. In den Mittagstunden orientieren v. Papen und v. Schleicher den Reichspräsidenten über den Stand der Verhandlungen. Dieser wünscht Hitler hierzu auch persönlich zu hören. Eine Einigung kommt jedoch bei dieser Begegnung nicht zustande, im Gegenteil: man hat sich wieder weiter voneinander entfernt. Beim Abschied bittet jedoch der Feldmarschall den jungen Tribun, seinen Kampf ritterlich zu führen, und nimmt Abschied mit den Worten: „Wir sind beide alte Kameraden, und so will ich Ihnen auch jetzt die Hand reichen.“

Hitler zieht sich in sein Landhaus bei Berchtesgaden zurück. Die NSDAP. nimmt jetzt wieder Kampfstellung gegen die Reichsregierung ein. Dies wird zuerst offenkundig, als am 22. August das Beuthener Sondergericht fünf ober-schlesische SA.-Männer (vgl. 9. 8. 1932) zum Tode verurteilt. Hitler setzt sich mit seiner ganzen Persönlichkeit gegen die Vollstreckung dieses Urteils ein.

25. 8. Japan erkennt den Mandschukuo-Staat an.

Nach der Ernennung Pu Yi's zum Präsidenten des neuen

Mandschukuo-Staates (vgl. 28. 1. 1932) hat Japan die erste Etappe seines Zieles erreicht und sichert zunächst diese: Am 5. Mai 1932 schließt es mit China einen Waffenstillstand und räumt hierbei Schanghai, die Wusungforts und Tschapei. Im Juli aber beginnt es neu vorzustoßen: Es besetzt weitere Teile von Mandschukuo und dringt in die Provinz Jehol vor. Auch erkennt es am 25. August den neuen Mandschukuo-Staat feierlich an, beruft japanische Beamte und Offiziere als Berater und gewährt dem neuen Reich eine große Anleihe.

Inzwischen hat der Völkerbund zum Studium des Konfliktes in Ostasien einen Kommissar — Lytton — entsandt, welcher empfiehlt, die Neuordnung im Fernen Osten nicht anzuerkennen. Japan läßt sich aber dadurch nicht beirren. Es dehnt die Besetzung von Jehol immer mehr aus, dessen wichtigste Städte im März 1933 sämtlich erobert sind (vgl. 27. 5. 1933).

28. 8. v. Papen gibt in Münster sein Wirtschaftsprogramm bekannt. Er will zur Ankurbelung der Privatwirtschaft 2 Milliarden Reichsmark auswerfen, und zwar durch Ausgabe von „Steueranrechnungsscheinen“, mit denen die Unternehmer, die diese Scheine erwerben, vom Jahre 1934 ab ihre Steuern bezahlen sollen. Daneben bestimmt die am 4. September 1932 erlassene Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft, daß derjenige Unternehmer, welcher neue Arbeiter einstellt, Vergütungen erhält und sogar die Lohntarife unterschreiten darf. Dies findet den teilweisen Widerstand der Arbeiterschaft, um so mehr, als damit die Arbeitslosigkeit nicht sofort vermindert wird. Eine neue Streikwelle ist die Folge.

30. 8. Der neugewählte Reichstag wird durch die kommunistische Abgeordnete, Clara Zetkin, als Alterspräsidentin eröffnet. Hierbei kommt es zu erregten Szenen im Reichstag und zu Unruhen auf den Straßen in Berlin.

In dieser Eröffnungsitzung wird Göring mit 567 gegen 220 Stimmen zum Reichstagspräsidenten gewählt. Im deutschen Parlament ist nun zwar eine arbeitsfähige Mehrheit wieder vorhanden; aber sie lehnt das Kabinett v. Papen ab. Dieses stützt sich in der Hauptsache nur auf die Deutschnationalen. Außerdem steht der Reichspräsident und der Reichswehrminister hinter ihm. Um seine Basis zu verbreitern, wird nunmehr eine Art Bündnis mit dem Stahlhelm abgeschlossen.

September 1932

4. 9. Reichsfrontsoldatentag des Stahlhelms, der auf Wunsch der Regierung in Berlin stattfindet.

12. 9. Auflösung des Reichstages unter dramatischen Umständen (Konflikt Göring - v. Papen). Bei der Abstimmung über einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett v. Papen erhebt sich gegen dieses eine Gegnerschaft von 515 gegen 51 Stimmen der Hugenbergpartei. Die Wahl des neuen Reichstages wird auf den 6. November 1932 festgesetzt.



Juli

193 Das Wahljahr 1932. Der damalige Reichskanzler von Papen beim Verlassen seines Wahllokals am 31. Juli 1932 (Reichstagswahl). Im Jahre 1932 ergab sich nach fortwährendem Regierungswechsel (14 Reichskanzler seit 1919) und ständig wachsender Arbeitslosigkeit eine Hochflut von Wahlen: Je zweimal mußte das deutsche Volk an die Wahlurne gehen, um Reichspräsident und Reichstag zu wählen. Außerdem fanden in sämtl. Ländern Landtags- u. Gemeindevahlen statt.



Juli

194 Elly Beinhorn, die erfolgreiche Fliegerin, am 26. Juli 1932 bei ihrer Rückkehr. Deutsche Flieger versuchten immer wieder, durch Glanzleistungen das Ausland auf die unmöglichen Luftfahrtbestimmungen des Friedensdiktates aufmerksam zu machen. Zu diesen „Luftfahrt-Propagandisten“ gehört auch Elly Beinhorn, die 1911 ihren bekannten Afrikaflug und 1912 einen Weltflug ausführte, bei dem sie 26 Staaten besuchte.



August

195 Die vollkommen verüstete „Niobe“, deren Wrack im August 1932 gehoben werden konnte. Die deutsche Reichsmarine wurde am 26. Juli 1932 von einem furchtbaren Unglück betroffen. In einer plötzlich aufkommenden schweren Gewitterbö heuerte das einzige deutsche Marineschulschiff „Niobe“, wobei 69 hoffnungsvolle junge Menschen den Tod fanden.



August

196 Veteranenmarsch nach Washington. Eine Gruppe der Teilnehmer des Hungermarsches vor dem Capitol in Washington. In allen Staaten der Welt hatte man vielfach die Opfer des Krieges vergessen. Als in Amerika die Arbeitslosenziffer plötzlich gigantisch anstiegt, organisierten die ehemaligen Kriegsteilnehmer im August 1932 als Demonstration den „Hungermarsch nach Washington“, der aber von der Polizei mit Tränengasbomben aufgelöst wurde.



September

197 Ernst Udet, der Altmeister des Kunstfluges. Schon 1911 war Udet Führer einer Jagdstaffel und später Sieger in mehr als 60 Luftkämpfen. Er blieb auch in der Nachkriegszeit seiner „Kiste“ treu. Neuen Ruhm erwarb er sich durch Filmaufnahmen in Grönland (SOS-Eisberg). Von hier aus beteiligte er sich im September 1932 an der Rettung der amerikanischen Fliegerfamilie Hutchinson, wobei er 4 Tage verschollen blieb.



September

198 Reichsfrontsoldatentag in Berlin. Generalfeldmarschall von Mackensen beim Abfahren der Front. Am 4. September 1932 fand in Berlin unter Beteiligung von 191 000 Stahlhelmangehörigen ein Reichsfrontsoldatentag statt, wobei Bundesführer Franz Seldte erklärte, daß der Stahlhelm keine Partei sei, auch nicht die staatliche Macht, wohl aber einen machtvollen Staat fordere.

14. 9. *Deutschland scheidet zum erstenmal (vgl. 14. 10. 1931) aus der Abrüstungskonferenz aus.*

Die große Abrüstungskonferenz (2. Februar 1932) unter dem Vorsitz des Engländers Henderson war im Laufe des Jahres in Genf völlig festgefahren. Vor allem nach drei verschiedenen Richtungen hin hatten sich die Erörterungen bewegt: Frankreich stellte — wie so oft — die „Sicherheitsfrage“ in den Vordergrund. Es nimmt seine alte Idee einer internationalen Polizeitruppe wieder auf und verlangt für den Völkerbund den Oberbefehl über einen bestimmten Teil aller Großflugzeuge, schwerer Artillerie, Linienschiffe und Unterseeboote. So sollen sich alle Völkerbundmitglieder gemeinsam gegen jeden wenden, der den Fortbestand der Versailler Ordnung stören sollte.

Deutschland fordert demgegenüber „die effektive Abrüstung“, d. h. die Mächte, die bisher jede Möglichkeit der Waffentechnik und Rekrutierung ausgenutzt haben, sollen nunmehr endlich ihren Rüstungsstand wirklich beschränken. Hierbei soll der gesamte Rüstungsumfang eines Staates gemessen und auf seinen militärischen Kriegswert geschätzt werden.

Die dritte Richtung befaßte sich vor allem mit der „spezialisierten Abrüstung“. Man will einzelne Waffengattungen und Kampfmethoden, wie schwere Geschütze, Gaskrieg usw. einschränken oder ganz verbieten. Aber auf diesem Gebiete stoßen erst recht die verschiedenen Interessen zusammen. Niemand will gerade auf die Kriegsmittel verzichten, in deren Beherrschung er Meister ist. Jeder weist auf seine besondere geographische oder politische Lage und auf die verschiedensten Sonderinteressen hin.

Irgendwelche positiven Ergebnisse werden somit nicht erzielt. Auf der anderen Seite will man aber auch Deutschland, das seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag restlos nachgekommen ist, eine Angleichung an die Rüstungen der anderen Staaten nicht zugestehen. Die Folge davon ist, daß die deutsche Regierung am 14. September 1932 ihre Vertreter abberuft (vgl. 11. 12. 1932).

30. 9. In Ungarn bildet Gombös ein neues Kabinett.

Oktober 1932

1. 10. Die Reichsregierung stellt für die Stadtrandsiedlungen weitere 40 Millionen Reichsmark zur Verfügung, die den Bau von 16 000 Stellen und die Unterbringung von 80 000 Menschen ermöglichen (vgl. 1. 10. 1931 und Anfang April 1932).

November 1932

6. 11. Reichstagswahlen.

Es ist die 5. große Wahlschlacht dieses Jahres. Sie endet mit einem Verlust der NSDAP. von 2 Millionen Stimmen und damit von 54 Mandaten. Dagegen ziehen die Kommunisten zum erstenmal mit 100 Mandaten in den Reichstag ein; dennoch bleibt die NSDAP. mit 196 Sitzen die bei weitem stärkste Partei des neuen Parlamentes.

Die Lage ist jetzt folgende: Gegen die „Reaktion“ der Regie-

runng v. Papen-Hugenberg haben die Linksparteien ihre Kräfte energisch zusammengefaßt, wobei die radikale Richtung bedeutenden Zuwachs erhalten hat. Zentrum und Bayrische Volkspartei stehen Gewehr bei Fuß: Sie sympathisieren nicht mit der Reichsregierung, aber sie wollen auch einen allzu scharfen Gegensatz zu ihr vermeiden. Die NSDAP. hat zwar gegenüber den Wahlen vom 31. Juli 1932 eine Anzahl Mitläufer verloren, denen die Änderung der Verhältnisse nicht rasch genug vorwärtsgeht — teilweise hat auch eine gewisse Wahlmüdigkeit eingesetzt. Die nationalsozialistische Partei selbst aber steht vollkommen intakt, und zwar angriffsbereit. Mehr denn je ist ihre Leitung davon überzeugt, daß nur eine gänzliche Veränderung aller wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse den Umschwung herbeizuführen vermag. Es lohnt nicht mehr, an das Alte anzuknüpfen; es muß etwas ganz Neues an seine Stelle treten.

7. 11. *Demokratischer Wahlsieg in USA.* Roosevelt wird zum Präsidenten gewählt (vgl. Bild 202).

17. 11. (bis 24. 12.) 5. Indienkonferenz in London — ohne Gandhi (vgl. 7. 9. 1931).

Am gleichen Tage tritt Reichskanzler v. Papen zurück, nachdem er sieht, daß sein Kabinett im Volk ohne jeden Rückhalt bleibt und sich sogar die Mehrzahl der Kabinettmitglieder unter Führung des Reichswehrministers v. Schleicher gegen die Fortsetzung der jetzigen Regierungspolitik wenden.

Wieder wird die Frage akut, ob Hitler Reichskanzler werden soll: Kann er als Kanzler und damit als Vertrauensmann des Reichspräsidenten gleichzeitig Oberhaupt der größten parlamentarischen Partei Deutschlands sein? Liegt dann nicht die Gefahr nahe, daß es zu einer „Parteidiktatur“ kommt, die mit Hindenburgs Auffassung von einer überparteilichen Regierung unvereinbar ist? In dieser Regierungskrise hat Hitler zwei Unterredungen mit Hindenburg — eine am 19. November — die andere am 21. November.

19. 11. Der Reichspräsident erteilt Hitler den Auftrag, eine Mehrheitsregierung zu bilden für den Fall, daß er mit dem Zentrum und den Deutschnationalen einig wird. Hitler erklärt sich zu einem Versuch bereit. Zunächst geht man daran, die Sicherungsbedingungen zu formulieren.

21. 11. Hitler erhält die Bedingungen für die Übernahme der Kanzlerschaft schriftlich ausgehändigt: er soll ein „Präsidialkabinett“ auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung bilden. Hindenburg verabschiedet sich von Hitler mit den Worten: „Ob Sie den Auftrag erfüllen können, steht bei Gott. Wie die Verhandlungen auch ausfallen, auf jeden Fall wird Ihnen von jetzt ab meine Tür stets offen stehen.“

Zwischen dem „Kaiserhof“, dem Standquartier Hitlers, den Reichskanzleien und den Vorständen des Zentrums und der Deutschnationalen Partei kommt es jetzt zu ununterbrochenen Beratungen, denen jedoch ein Erfolg im Sinne des Reichspräsidenten versagt bleibt. Hitlers Auffassung wird aufs neue bestätigt: der Auftrag ist „inner-

lich undurchführbar“. Am 24. November bricht er die Verhandlungen ab. Mancher seiner Anhänger versteht dieses „Nein“ nicht. Schon äußert man sich dahin, daß die Entwicklung über Hitler hinweggegangen sei.

25. 11. Der Reichspräsident erteilt dem Zentrumsführer, Prälat Kaas, den gleichen Auftrag unter gleichen Bedingungen. Auch hier scheitern die Verhandlungen.

29. 11. *Frankreich und Rußland schließen einen „Nichtangriffspakt“ ab.*

Dezember 1932

3. 12. *General v. Schleicher bildet ein neues „Präsidialkabinett“.* Als Reichswehrminister hatte er eine Zeitlang die Kanzlerschaft Hitlers befürwortet. Jetzt versucht er, Verbindung mit dem Nationalsozialismus aufzunehmen, will jedoch hierbei Hitler ausschalten. Aber nur einer aus Hitlers Führerstab geht zu ihm über: Gregor Straßer. Auch mit den Linksparteien wird die Verbindung jetzt wieder aufgenommen. Man nennt das neue Kabinett, das die Mehrzahl der Minister aus der Regierung v. Papen übernommen hat, eine „Arbeiter- und Soldatenregierung“. Schleicher selbst äußert sich, daß er ein „Stückchen Sozialismus“ mitmachen werde; aber noch liegt ein klares Programm nicht vor.

11. 12. *In Genf wird die grundsätzliche militärische Gleichberechtigung Deutschlands ausgesprochen.* Das Reich entsendet daraufhin wieder auf die Abrüstungskonferenz seine Vertreter.

14. 12. In Frankreich wird aus innerpolitischen Gründen das Kabinett Herriot gestürzt. Sein Nachfolger wird Paul-Boncour (vgl. 28. 1. 1933).

15. 12. Adolf Hitler ordnet die Gründung eines „Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes“ an.

23. 12. Die Reichsregierung erläßt ein „Sofortprogramm für Arbeitsbeschaffung“.

Die Zahl der Arbeitslosen ist inzwischen auf 5 775 000 angestiegen. Man geht in einen trostlosen Winter hinein, um so mehr, als man sich von irgendwelchen Regierungsmaßnahmen keinen Erfolg mehr verspricht. Nur eine zukunftsbergende Neuleistung wird in der gleichen Zeit systematisch weitergefördert: „Das Hilfswerk für die deutsche Jugend“, welches „Freiwilligen Arbeitsdienst“ und „wehrsportliche Ertüchtigung“ verbindet. Der Zustrom zum Freiwilligen Arbeitsdienst war sehr rege geworden, seine Auswirkungen nach jeder Richtung hin nutzbringend. Die Regierung stellte daher weitere Mittel zur Verfügung. Ende 1932 gab es etwa 200 000 im Arbeitsdienst beschäftigte junge Leute.

Die NSDAP., auf welche in erster Linie diese Gedanken zurückgingen, betrieb den Freiwilligen Arbeitsdienst als „Verein für Umschulung freiwilliger Arbeitskräfte“ und verband damit von Anfang an auch Erziehung in sozialem und vaterländischem Geiste.

Die Gesamtmitgliederzahl der NSDAP. betrug Ende 1932 etwa 1,5 Millionen.



Oktober

199 Hindenburgs 85. Geburtstag. Der Generalfeldmarschall mit seinen 5 Enkelkindern im Garten des Reichspräsidentenpalais. Am 2. Oktober 1932 feierte ganz Deutschland den 85. Geburtstag seines großen Feldherrn und Staatsoberhauptes. Er fiel in eine sehr ruhige Zeit: Außenpolitisch hatte Deutschland kurz zuvor (14. September) die Abrüstungskonferenz verlassen; innenpolitisch erreichte die Regierungskrise sehr bald ihren Höhepunkt.



Oktober

200 Fürstenhochzeit in Koburg. Die Jungvermählten beim Verlassen der St.-Moritz-Kirche. In Koburg fand am 19. und 20. Oktober 1932 die Hochzeit des ältesten Sohnes des schwedischen Thronfolgers, Gustav Adolf von Schweden, mit Prinzessin Sybille, Tochter des früheren Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha, statt. Nicht allein alle regierenden Häuser waren bei dieser Feier vertreten, sondern auch weiteste Volksschichten nahmen an ihr herzlichsten Anteil.



November

201 Gestörte Weltwirtschaft. Die Vernichtung von Milch durch streikende Farmer. Die sinkende Kaufkraft in USA. führte zu einem starken Preissturz der landwirtschaftlichen Produkte. Beim Verkauf konnten nicht einmal die Gesteuungskosten erzielt werden. Im Staat Milwaukee kam es im Herbst 1932 daher zu einem „Milchstreik“ der Erzeuger, die nach Chicago nur noch Milch für Kranke und Säuglinge einführen.



November

202 Roosevelt, der neue Präsident in USA. Die Folgen der Wirtschaftskrise lasteten schwer auf Amerika. Die Bevölkerung hatte das Vertrauen zur republikanischen Partei, die 1929 den Präsidenten Hoover gestellt hatte, verloren. Bei den Wahlen am 7. November 1932 wurden von 14,3 Millionen Stimmen rund 20,2 Millionen für die Oppositionspartei (Demokraten) abgegeben, die Franklin D. Roosevelt aufstellte.



Dezember

203 Schwere Unruhen in Berlin. Zusammenrottungen in den Straßen von Berlin aus Anlaß eines großen Straßenbahnerstreiks im Dezember 1932. Nachdem von Papen am 17. November 1932 zurückgetreten und die Verhandlungen mit Hitler ergebnislos verlaufen waren, wurde General von Schleicher am 3. Dezember als Reichskanzler berufen. Auch das neue Kabinett konnte jedoch der Schwierigkeiten nicht Herr werden: die Arbeitslosenahl stieg auf über 6 Millionen.



Dezember

204 Aufhebung des Alkoholverbotes in USA. Ein von der Prohibitions-polizei gekapertes Schmugglerschiff. Seit 1920 bestand in USA ein Alkoholverbot (Prohibition), das sich gesundheitlich gut, in krimineller Beziehung aber sehr ungünstig auswirkte; denn der Alkoholschmuggel wurde nun von Schiebern und Verbrechern regelrecht organisiert. Im Dezember 1932 ließ man daher das Verbot im Staate New York, einige Monate später in ganz USA, fallen.

NATIONALVERMÖGEN in Milliarden Goldmark			BEVÖLKERUNGSZAHLEN in Millionen				ARBEITSLOSIGKEIT in % der Gesamtbevölkerung						
	1914	1928		1900	1910	1920	1930		1930	1931	1932	1933	1934
Deutschland	375	250	Deutschland	56	65	60	66	Deutschland	6,8	7,4	8,8	10,8	4,1
Frankreich	275	300	Frankreich	39	40	39	42	Frankreich	—	0,9	0,7	0,8	1,0
Großbritannien	325	450	Großbritannien	38	42	44	46	Großbritannien	5,5	5,8	5,8	6,0	4,6
Italien	100	125	Oesterreich	26	29	6,5	6,7	Oesterreich	5,1	5,2	6,8	7,7	6,1
Amerika	860	1850	Italien	32	35	39	41	Italien	2,7	2,8	2,4	2,7	2,0
Niederlande	20	30	Polen	—	—	27	32	Polen	0,7	0,9	0,9	0,9	1,1
Schweiz	25	30	Amerika	76	92	106	123	Amerika	6,1	6,1	8,1	9,7	8,2
Belgien	55	55	Tschechoslovakei	—	—	14	15	Tschechoslovakei	2,8	3,8	4,1	6,3	4,9
Sowjet-Union	250	180	Schweiz	3,3	3,75	3,88	4,00	Schweiz	0,5	0,6	1,5	2,5	2,0
Japan	65	180	Niederlande	5,1	5,8	6,8	7,9	Niederlande	1,0	1,7	3,2	5,0	4,0
Kanada	55	110	Sowjet-Union ^{Europ. Teil}	102	131	116	130	Belgien	0,5	1,5	2,0	2,0	2,0
Australien	35	60	Japan	44	50	57	64	Danzig	6,0	6,5	8,1	9,6	4,4
			Belgien	6,7	7,5	7,4	8,1						
			Schweden	5,1	5,5	5,9	6,1						

ZAHL der EHESCHLIESSUNGEN, GEBURTEN und STERBEFÄLLE

	Jahr	Eheschließungen	Geburten	Sterbefälle	Geburtenüberschuß	auf 1000 Einwohner
Deutschland	1933	631 000	957 000	731 000	226 000	3,5
Frankreich	1933	315 000	683 000	661 000	22 000	0,5
Großbritannien	1933	359 000	692 000	580 000	112 000	3,8
Italien	1933	285 000	987 000	567 000	420 000	10,0
Jugoslawien	1933	126 000	470 000	277 000	193 000	13,8
Oesterreich	1933	44 000	96 000	89 000	7 500	1,1
Polen	1933	274 000	869 000	466 000	402 000	12,3
Rumänien	1933	155 000	598 000	348 000	250 000	13,3
Sowjet-Union ^{Europ. Teil}	1928	1 218 000	4 908 000	2 178 000	2 731 000	22,0
Spanien	1933	148 000	668 000	395 000	273 000	11,4
Tschechoslovakei	1933	124 000	287 000	205 000	82 000	5,5

HEERESSTÄRKE der wichtigsten STAATEN

DEUTSCHES REICH		SOWJET-UNION		FRANKREICH		VEREINIGTE STAATEN	
							
FRIEDENSSTÄRKE 100 000	KRIEGSSTÄRKE 100 000	FRIEDENSSTÄRKE 1 200 000	KRIEGSSTÄRKE 7 000 000	FRIEDENSSTÄRKE 655 000	KRIEGSSTÄRKE 5 000 000	FRIEDENSSTÄRKE 140 000	KRIEGSSTÄRKE 4 000 000
ITALIEN		POLEN		GROSSBRITANNIEN		JAPAN	
							
FRIEDENSSTÄRKE 250 000	KRIEGSSTÄRKE 3 800 000	FRIEDENSSTÄRKE 340 000	KRIEGSSTÄRKE 3 500 000	FRIEDENSSTÄRKE 200 000	KRIEGSSTÄRKE 3 000 000	FRIEDENSSTÄRKE 275 000	KRIEGSSTÄRKE 3 000 000

Die KRIEGSFLOTTEN der GROSSMÄCHTE

<p>DEUTSCHES REICH 43 KRIEGSSCHIFFE · 150 000 GESAMTTONNAGE</p> 	<p>GROSSBRITANNIEN 290 KRIEGSSCHIFFE · 1 650 000 GESAMTTONNAGE</p> 	<p>FRANKREICH 210 KRIEGSSCHIFFE · 630 000 GESAMTTONNAGE</p> 
<p>JAPAN 220 KRIEGSSCHIFFE · 750 000 GESAMTTONNAGE</p> 	<p>VEREINIGTE STAATEN 344 KRIEGSSCHIFFE · 1 200 000 GESAMTTONNAGE</p> 	<p>ITALIEN 170 KRIEGSSCHIFFE · 350 000 GESAMTTONNAGE</p> 